

Drei Fragen an Heiner Bielefeldt



Foto: Cornelius Wachinger

Im Januar 2014 sprach John Ging, Direktor im Amt für humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA), mit Blick auf die Zentralafrikanische Republik von Anzeichen für einen Völkermord. Wie sehen Sie als Sonderberichterstatter über Religions- und Weltanschauungsfreiheit die Situation?

Was die religiöse Dimension des Konflikts angeht, sollten wir in jedem Fall sehr vorsichtig sein. Zweifellos spielt Religion – Zugehörigkeit zum Christentum beziehungsweise zum Islam – eine Rolle im Konfliktgeschehen, sie

ist aber nicht der eigentliche Grund oder gar der Hauptgrund der Auseinandersetzung. Im letzten Jahr habe ich mich intensiv mit Sierra Leone beschäftigt und einen offiziellen Besuch durchgeführt. Viele der Gräueltaten, die wir derzeit in der Zentralafrikanischen Republik sehen, erinnern mich an den Bürgerkrieg, der in Sierra Leone vor zwölf Jahren zu Ende ging. Allerdings gibt es mindestens einen markanten Unterschied: In Sierra Leone spielte die Zugehörigkeit zu einer Religion nie eine Rolle in der Gewalteskalation. Das ist in der Zentralafrikanischen Republik offensichtlich anders. Trotzdem gehe ich davon aus, dass die fürchterliche Gewalt, die wir derzeit sehen, nicht angemessen als ›Religionskonflikt‹ beschrieben werden kann. Das wäre viel zu eng.

Worin sehen Sie die tieferliegenden Ursachen für den Konflikt?

Es geht in dem Konflikt nicht um religiöse Differenzen zwischen Christen und Muslimen. Eine Hauptursache für die Gewalteskalation liegt meiner Einschätzung nach im Staatsversagen: Massive Korruption, Klientelismus, Manipulationen bei Postenvergabe usw. haben dazu geführt, dass das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und Fairness staatlicher Institutionen dramatisch erodiert. Dies schafft ein Klima allgemeiner Unsicherheit, womöglich gar politischer Paranoia. Im Ergebnis zerfällt die Gesellschaft in Gruppierungen, die einander mit Angst und Misstrauen belauern. Erst an diesem Punkt kommt die Religion ins Spiel, sofern die bestehenden Gruppierungen weitgehend durch Religionszugehörigkeit definiert sind. Dann wird Religion ein Faktor des Konflikts, ist aber nicht seine Wurzel. Dies zu betonen, ist auch deshalb wichtig, weil eine falsche ›Religionisierung‹ von Konflikten dazu führen kann, dass wir die politischen Ursachen übersehen und nicht angemessen angehen. Eine einseitige Fokussierung auf Religion läuft im Ergebnis auf einen unpolitischen Fatalismus hinaus, als hätten wir es mit Konflikten zu tun, deren Ursachen viele Jahrhunderte zurück liegen und außerhalb der Reichweiten praktischer Politik liegen.

Haben die Vereinten Nationen und/oder ihre Mitgliedstaaten versagt, diesen Konflikt zu verhindern?

Wer genau hier in welchem Maße versagt hat, kann ich nicht einschätzen. Was wir sicherlich brauchen, ist eine wirksamere Verbindung von Frühwarnung (early warning) – die Warnzeichen sind in der Regel ja klar sichtbar! – und schnellem Handeln (early action). Adama Dieng, Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Verhütung von Völkermord, arbeitet derzeit intensiv daran – auch mit der Perspektive, die Präventivkomponente innerhalb der Schutzverantwortung zu stärken. Einen Beitrag in dieser Richtung sehe ich auch im Aktionsplan von Rabat, der sich der Bekämpfung von Aufstachelung zu kollektivem Hass widmet.

Prof. Dr. Heiner Bielefeldt hat den interdisziplinären Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg inne. Seit August 2010 fungiert er ehrenamtlich als UN-Sonderberichterstatter über Religions- oder Weltanschauungsfreiheit.

stattdessen ihre bisherige Politik fort, sich an Einsätzen der Europäischen Union nur im geringen Umfang zu beteiligen und dies auf Sanitätstruppen und logistische Fähigkeiten zu beschränken. Das wäre solange unproblematisch, solange die Bundesregierung gleichzeitig in anderen internationalen Formaten die angekündigte Verantwortungsbereitschaft einlöst. Allerdings ist Deutschland auch in Blauhelm-Missionen kaum präsent: mit 259 Soldaten, Polizisten und Militärexperten rangiert Berlin nur auf Platz 49 aller Truppensteller.¹⁵

Insofern erklärt sich die im Dezember 2013 auf dem Europäischen Ratsgipfel vorgestellte deutsche Ertüchtigungsinitiative ›Enable and Enhance Initiative‹ (E2I) zumindest zum Teil aus dem politisch gefassten Vorsatz, trotz der rhetorisch stets betonten Verantwortungsbereitschaft nicht direkt in die Verantwortung genommen werden zu wollen. Stattdessen setzt die Bundesregierung darauf, afrikanische Staaten durch Ausbildung, Beratung und Bereitstellung von Ausrüstung in die Lage zu versetzen, selbst für den Frieden zu sorgen und damit den Trend zu robusteren AU-Friedensmissionen zu beschleunigen.

Allerdings ist bislang kaum erkennbar, wie sich diese Initiative von klassischeren Ausbildungsprogrammen unterscheiden soll. Schließlich hat Paris bereits seit Jahren umfassende Ausbildungsprogramme in Afrika unterhalten. So diente etwa das im Jahr 1997 geschaffene Programm ›Renforcement des Capacités Africaines de Maintien de la Paix‹ (RE-CAMP) gerade der Ausbildung afrikanischer Friedenstruppen. Dabei handelt es sich um eine Initiative, die Frankreich im Rahmen der GSVP im Jahr 2007 auf europäischer Ebene eingeführt hat und das als EURORECAMP bis 2010 bereits als Programm zur Operationalisierung der afrikanischen Sicherheitsarchitektur lief. Die Bundesrepublik hat insofern mit der E2I nichts wirklich Neues auf den Weg gebracht – im Gegenteil ist es eher alter Wein in halbwegs neuen Schläuchen. Das französische Bemühen um die ›Europäisierung‹ der eigenen Afrika-Politik demonstriert daher auch immer die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der deutschen Außenpolitik.

¹⁵ United Nations Peacekeeping, Troop and Police Contributors, Stand: 30.4.2014, www.un.org/en/peacekeeping/resources/statistics/contributors.shtml